

Europa demokratischer gestalten.

Europa ist zu wichtig, um es den nationalen Regierungen zu überlassen!

Die FDP als eine klar auf ein gemeinsames Europa ausgerichtete Partei ist aufgefordert, mit den vorhandenen Instrumenten aber auch mit umsichtigen Reformen den zukünftigen Weg des gemeinsamen Europas aufzuzeigen und mit Partnern aus anderen Ländern und den Liberalen im europäischen Parlament zu beschreiten. Dafür sind folgende Schritte erforderlich:

1. Die FDP setzt sich für ein einiges Europa ein. Dafür sieht sie es als notwendig an, dass die inneren Strukturen der EU zukünftig nicht nur dem Grundsatz des institutionellen Gleichgewichts entsprechen, sondern darüber hinaus zügig nach den weitergehenden Grundsätzen der Gewaltenteilung und des Parlamentarismus umgestaltet werden:

- Eine klare Definition der europäischen Aufgaben in ihrer Abgrenzung zu den nationalen oder regionalen Aufgaben ist dafür eine wichtige Grundlage. Das Prinzip der Subsidiarität muss immer voran stehen.
- Das europäische Parlament muss sowohl von seiner Legitimation, wie von seinen Aufgaben und Rechten einer „echten Volksvertretung“ entsprechen.
- Im Hinblick auf die Rolle des Europäischen Rates ist insbesondere die Legitimation seines Präsidenten zu verstärken und neu zu regeln.
- Eine europäische Wirtschaftsregierung, falls sie gewollt ist, muss demokratisch durch das Europaparlament legitimiert und kontrolliert werden. Sie wäre am ehesten durch die EU-Kommission und keinesfalls durch den Europäischen Rat zu führen.
- Eine transparente Finanzverfassung muss die Haushaltspolitik und Ausgabenkontrolle regeln.

2. Der Bundesvorstand wird aufgefordert, eine Task-Force mit der Aufgabe einzusetzen, Schritte aufzuzeigen, wie die EU wieder handlungsfähig werden und das Vertrauen der Bürger gewinnen kann. An dieser Arbeit werden Vertreter der Partei, des Bundestags, der Bundesregierung, von Länderregierungen und des europäischen Parlaments beteiligt.

3. Der Bundesvorstand wird sich dafür einsetzen, dass in anderen Ländern mit liberalen Parteien ein entsprechender Prozess in Gang gesetzt wird.

4. Die Erweiterung der Gemeinschaft um neue Mitglieder verlangt - neben der Erfüllung der politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen durch die Beitrittskandidaten - die Neuordnung und Demokratisierung der Institutionen und der Entscheidungsprozesse.